

Ungewohnte Öffentlichkeit

Einige Anmerkungen zur Bundespräsidentenwahl

Deutschland hat seit letzter Woche einen neuen Bundespräsidenten. Gewählt wurde in der Bundesversammlung - wenn auch erst im dritten Wahlgang - der Kandidat von CDU/CSU und FDP, der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff.



Hendrik Grallert

Das bemerkenswerte an dieser Wahl ist weniger ihr (vorhersehbarer) Ausgang, als vielmehr die ungewohnte Öffentlichkeit, in der sie stattfand. Die Zeitungen, vom Spiegel über die SZ bis hin zur taz, bloggten alle paar Minuten "live" vom Ort der Bundesversammlung, dem Reichstag. Daneben waren Chats aus den großen sozialen Netzwerken geschaltet, in denen im Sekundentakt jedermann seine Meinung verbreiten konnte. Die ARD übertrug über fast 9 Stunden hinweg live sowohl im Fernsehen als auch per Stream im Internet und vergaß auch nicht, vor dem Reichstagsgebäude eine Leinwand für das Public Viewing bereitzustellen - fast so, als handele es sich um ein Fußballspiel.

Zum Teil war die große öffentliche Resonanz sicherlich auch seitens der Politik gewünscht. Der (ungewöhnliche) Rücktritt des bisherigen Präsidenten Horst Köhler und die kurze Zeit bis zur Wahl trugen dazu einen Teil bei. Der parteitaktisch geschickte Schachzug von SPD und Grünen, mit Joachim Gauck einen eigentlich

aus dem bürgerlichen Lager stammenden und dort hoch angesehenen Gegenkandidaten aufzustellen, provozierte nicht nur die Regierungsparteien und die Linke, sondern löste auch ein von der taz als "Gauck-Festspiele" treffend geschmähtes Medienecho aus.

Die ungewohnte Öffentlichkeit mag das ein oder andere Mitglied der Bundesversammlung dazu verleitet haben, sich durch unorthodoxes Abstimmungsverhalten in den ersten beiden Wahlgängen zu profilieren. Nach den Gründen für die fehlenden Stimmen aus dem Lager der Koalition gefragt, antwortete der CSU-Generalsekretär Dobrindt in der ARD, zum einen habe es sicherlich einige gegeben, die Gauck überzeugender fanden. (So hatten zum Beispiel einige sächsische FDP-Abgeordnete von vornherein angekündigt, Gauck zu wählen.) Andererseits habe es aber wohl auch Wahlleute gegeben, die die Situation genutzt hätten, um alte Rechnungen zu begleichen und der

Inhalt

- Ungewohnte Öffentlichkeit. Einige Anmerkungen zur Bundespräsidentenwahl von *Hendrik Grallert* Seite 1
- Die Gelbe Rose - eine Initiative für sozialliberale Politik von *Kathrin Laymann* Seite 2
- Zwischen Humboldt und Bologna. Bericht vom 41. Liberalen Gesprächskreis von *Hendrik Grallert* Seite 4

Regierung einen "Denkzettel" auszustellen.

Hier kann man sich fragen, was derartige öffentliche Unmutsbekundungen wohl bewirken sollen? Aus Überzeugung für einen Kandidaten zu stimmen ist das eine. Die Öffentlichkeit der Bundespräsidentenwahl jedoch für interne Kritik zu instrumentalisieren, war sicherlich ein Fehler. Hier hätte man den Mitgliedern der Regierungskoalition gewünscht, dass sie diese, teils von der Presse erst geschaffene Gelegenheit an sich vorüberziehen lassen. Nun ist zu hoffen, dass die Koalition über die

Sommerpause zu jener Ruhe und Professionalität zurückfindet, die sich die Wähler letzten September bei ihrer Wahlentscheidung erhofft hatten. Christian Wulff ist als Bundespräsident sicherlich geeignet, hierzu entscheidend beizutragen.

Hendrik Grallert ist Mitglied des Kreisvorstandes der FDP im Landkreis Fürstfeldbruck und Ortsvorsitzender der FDP Gröbenzell.

Die Gelbe Rose - eine Initiative für sozialliberale Politik

Die liberale Familie, bestehend aus der Partei und ihren Vorfeldorganisationen hat Zuwachs bekommen: Die „Gelbe Rose – Initiative für sozialliberale Politik“.

2009 von einer kleinen Gruppe, bestehend aus Stipendiaten der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit (FNS) gegründet, umfasst das Think Tank mittlerweile rund 700 Personen.



Kathrin Laymann

Dieser rasante Zuwachs ist der Hoffnung geschuldet, welche hinter diesem Projekt steckt: Gemeinsam die Vielfalt des Liberalismus in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und den Anstoß für neue liberale Debatten zu geben, ohne sich dabei von alten Strukturen und Denkmustern blockieren zu lassen.

Mit der Forderung nach einem neuen Humanistischen Liberalismus sieht sich die Gelbe Rose selbst in der Tradition des Freiburger Kreises und der Jungen Liberalen.

Die starke ideengeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Liberalismus an sich, verhindert dabei nicht die Formulierung inhaltlicher Positionen. Als Kernanliegen bezeichnen die „Mitglieder“ die Themen Bürgerrechte, Bildung und Chancengleichheit.

Im Unterschied zu den meisten anderen Vorfeldorganisationen beschränkt sich die Gelbe Rose bei ihrem Adressatenkreis nicht auf die FDP. Denn es wird die Auffassung vertreten, dass liberale Ideen vor allem in die Zivilgesellschaft getragen werden müssen. So sucht man auch den Kontakt zu Bürgerrechtsbewegungen (wie z.B. der Humanistischen Union).

Diese Offenheit, welche genauso für die Zusammensetzung der Beteiligten gilt, verspricht neuen Input. Des Weiteren ermöglicht sie aber auch den Dialog mit all jenen, welche Liberalismus sofort mit „Besser Verdienern“ oder der „Spaßpartei“ verbinden.

Der auf Grund der deutschen Geschichte kritisch angesehene Name „Gelbe Rose“ entstand anfangs nur als Arbeitstitel. Obwohl zunächst als Übergangslösung angedacht, findet er nun gerade wegen seiner Brisanz die Zustimmung vieler Mitglieder. Schreckt er doch jene ab, welche die Politik nur über das Image einer Partei und nicht über deren Inhalte definieren.

Diesem Selbstverständnis ist es auch zuzuschreiben, dass man bislang nur wenige

Informationen über diese Initiative findet.

Das anschließende Interview gibt nicht nur Antworten auf die Fragen, warum dies so ist, sondern bietet auch einen interessanten Einblick in das Denken und Schaffen dieser Initiative.

Ich danke allen Aktiven der „Gelben Rose“, die sich an der Beantwortung der Fragen beteiligt haben.

Was war ausschlaggebend für die Gründung dieses Zusammenschlusses?

Die Gründung ging ursprünglich von einer kleinen Gruppe von Stipendiaten der FNS aus. Diese kamen bereits aus dem organisierten Liberalismus in die Stiftung und fanden es schade, dass die intellektuelle Arbeit der Stiftung wenig Verbreitung in den Parteistrukturen fand. Gemeinsam mit einigen Jungen Liberalen wurde daher der Entschluss gefasst, sich nicht wie bisher in den Arbeitskreisen der Stiftung zu engagieren, sondern deren bereits vorhandene Ergebnisse über Anträge in die Partei zu tragen. Die dafür angesetzten Treffen fanden rasch immer größeren Zulauf und den dort versammelten fiel die immer größere Diskrepanz zwischen liberalem Anspruch und der Realität in der Partei auf. Kritisiert wurden vor allem die starke Fokussierung auf die Union, die einseitige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit als Wirtschaftspartei und die innerparteilichen Machtspielchen, die nicht die Leistungsträger, sondern die Mitläufer in hohe Positionen brachten.

Abseits der bloßen Kritik wurde den Beteiligten schnell klar, dass man nicht nur sich beschweren, sondern daran auch etwas ändern wollte und so entstand die Idee, ein Netzwerk zu gründen. Von Anfang an waren die Beteiligten dabei eher sozialliberal geprägt und so beschloss man auch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen zu suchen. Es sollte dabei von Anfang an ausgeschlossen werden, dass das Netzwerk für private Zwecke missbraucht wird. Daher gibt es

keine Hierarchien im üblichen Sinne und keine bindende Mitgliedschaft. Natürlich gibt es trotzdem Ansprechpartner, Arbeitskreise und auch ein Organisationsteam, was sich z.B. um Vernetzungstreffen kümmert, allerdings sind die dort aktiven Personen nicht weisungsbefugt gegenüber anderen Mitgliedern. Durch die schnell steigende Mitgliederzahl und vor allem die hohe Dichte von Parteifunktionären hat sich der Charakter des Netzwerkes von dieser Ursprungsidee bereits ein wenig entfernt. Aus dem Netzwerk heraus soll es demnach durchaus möglich sein, gezielt Anträge oder die Kandidatur einzelner Personen zu unterstützen, um entsprechende Positionen in den Parteien zu fördern. Diese Aktionen laufen jedoch nicht zielgerichtet, sondern entwickeln sich mehr aus einem dynamischen Meinungsbildungsprozess heraus.

Welche Rolle spielt die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit heute für die Gelbe Rose?

Die Friedrich-Naumann Stiftung für die Freiheit ist nicht organisatorisch mit der Gelben Rose verbunden. Eine engere Zusammenarbeit wird von beiden Seiten derzeit nicht angestrebt.

Immer wieder fällt die Betonung der Offenheit und parteilichen Ungebundenheit auf. Wie würden Sie die Zusammensetzung Ihrer Mitglieder beschreiben?

Derzeit gehen wir von etwa rund 700 locker an die Gelbe Rose gebundenen Personen aus, wobei davon ca. 75% der FDP, den Julis oder der Stipendiatenschaft der FNS zuzuordnen sind. Etwa 10% entfallen auf SPD-Mitglieder und noch einmal etwa 15% werden von Piraten, Grünen und Parteilosen gestellt.

Innerhalb der Diskussionen oder auch bei der Aufgabenverteilung spielt das jeweilige Parteibuch keine Rolle. Der Zugang zu den moderaten Juso-Kreisverbänden und dem Seeheimer Kreis der SPD wurde allerdings erst in den letzten Wochen intensiviert und es ist daher in Zukunft mit einer steigenden Zahl von sozialdemokratischen Sympathisanten zu

rechnen.

Auf gelbe-rose.org haben Sie einige Standpunkte veröffentlicht. Wie fand die Einigung auf diese Formulierung statt?

Die Gelbe Rose betreibt keine Außenwerbung und keine Außendarstellung. Demnach sind alle Seiten oder Informationen die sie im Internet finden auf die Aktivitäten einzelner Mitglieder zurück zu führen. Derzeit gibt es etwa 5 solcher Seiten und es sind diverse Artikel in Zeitschriften und Blogs erschienen. Diese Aktivitäten werden nicht kontrolliert und nicht gesteuert, aber natürlich intern diskutiert. In der Regel reicht dieser Filter aus um zu verhindern, dass extrem abweichende Positionen nach außen dringen. Die Positionspapiere sind auch nicht dafür gedacht eine Programmatik zu erstellen, sondern dienen lediglich als Momentaufnahme des derzeitigen Diskussionsstandes.

Wie sieht die Strukturierung der Gelben Rose aus? Welche Mitwirkungsmöglichkeiten haben die Mitglieder?

Mitgliedschaften sind formal nicht möglich, da es in dem Sinne keine Organisation gibt, der man rechtlich bindend beitreten kann. Als Mitglied wird daher lediglich derjenige bezeichnet, der im Netzwerk aktiv wird und in diesem Zuge auch seine persönlichen Daten zur

Kontaktaufnahme zur Verfügung stellt. Zur besseren Organisation braucht es natürlich dennoch gewisse Strukturen und daher gibt es Basisgruppen, regionale Ansprechpartner und ein Organisationsteam. Der Zugang zu diesen Arbeitsfeldern ist jedem freigestellt. Abgelöst wird man von einer Aufgabe nur, wenn sich jemand findet, der dieselbe Arbeit besser oder effektiver machen kann. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind demnach für die einzelnen Mitglieder sehr groß und sehr klein zu gleich, aber es soll auf jeden Fall verhindert werden, dass Parallelstrukturen zu den entsprechenden Parteien entstehen. Die Kommunikation hingegen funktioniert hauptsächlich via Internet. Es gibt relativ große Gruppen in sozialen Netzwerken, Newsletter und Mailinglisten. Hinzu kommen Treffen am Rande von Parteiveranstaltungen (wie z.B. dem Bundesparteitag) und eigene Vernetzungstreffen. Gelegentlich werden auch Einladungen von anderen liberalen Vorfeldorganisationen, wie z.B. den Liberalen Akademikern angenommen.

Kathrin Laymann ist stellvertretende Kreisvorsitzende der FDP im Landkreis Fürstfeldbruck und Ortsvorsitzende der FDP Fürstfeldbruck.

Zwischen Humboldt und Bologna

Bericht vom 41. Liberalen Gesprächskreis

Im Zeichen der Bologna-Reform diskutierte der FDP-Kreisverband auf dem 41. Liberalen Gesprächskreis mit Dr. Annette Bulfon, MdL, liberale Erfolge in der Hochschulpolitik, mahnte aber auch die Notwendigkeit einer politischen Debatte über die Rolle der Universitäten in der Gesellschaft an.

„Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik“: Dieses Motto prägt seit langem die Arbeit der FDP in Fürstfeldbruck. Nach den Themen Frühkindliche Bildung und Sanierung der Schulgebäude sorgte die Hochschulpolitik auf

dem 41. Liberalen Gesprächskreis in Puchheim für eine engagierte Diskussion. Auf Einladung der bildungspolitischen Sprecherin des FDP-Kreisverbandes, Birgit Thomann, referierte Frau Dr. Annette Bulfon, MdL, zum Thema „Hochschulen im Wandel – Bologna und die Folgen“.

Dabei verwies die Landtagsabgeordnete nicht nur auf die Erfolge der Koalition und des FDP-geführten Wissenschaftsministeriums. Denn mit 38.000 neuen Studienplätzen an Bayerns

Hochschulen (weitere 10.000 werden von der FDP gefordert), dem Bündnis „Studieren in Bayern“ mit Verbänden aus der Wirtschaft, dem „Haus der Forschung“ in München und Nürnberg zur Einwerbung von Drittmitteln und nicht zuletzt mit der Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags hat die FDP in der Hochschulpolitik schon einiges erreicht.



Dr. Annette Bulfon und Birgit Thomann

Im Zentrum der Debatte stand allerdings auch zehn Jahre nach der Einführung der sogenannte Bologna-Prozess: Den auf europäischer Ebene beschlossenen Zielen wie bessere Vergleichbarkeit von Studienleistungen, höhere Mobilität der Studierenden in Europa und niedrigere Abbrecherquoten folgte eine tiefgreifende und nicht unumstrittene Reform an den Hochschulen. Inzwischen sind 91% der Studiengänge auf Bachelor/Master-Abschlüsse umgestellt. Frau Dr. Bulfon betonte, dass dabei der berufsqualifizierende Bachelor-Abschluss der politisch gewünschte Regelfall sein solle, der Master hingegen die Kür. Eine Umstellung der Studiengänge, die mit einem Staatsexamen enden, sei hingegen nicht geplant. Auch auf die zahlreich insbesondere von Seiten der Studenten geäußerte Kritik am Bologna-Prozess ging sie ein: Die „Reform der Reform“ sei nun seitens der Politik angestoßen worden und die Hochschulen könnten bei Themen wie Prüfungsbelastung oder Anwesenheitspflicht autonom entscheiden.

Dennoch gibt es nach wie vor Kritik: Birgit Thomann nannte es in ihrer Stellungnahme einen unerträglichen Zustand, dass ein Viertel aller Studenten das Studium ohne Abschluss abbrechen. Das koste nicht nur viel Geld, sondern bewirke auch bei vielen Tausenden jungen Menschen Misserfolgs-erlebnisse und Frust. Durch die Umstellung auf die Bachelor- und Master-Studiengänge habe sich bisher nichts daran geändert. Sie forderte außerdem, dass die Studiengebühren zielgerichtet für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden und nicht für andere Zwecke versickern.

Die Rolle der Politik prägte dann auch die an den Vortrag anschließende, angeregte Diskussion im gut besuchten Veranstaltungsraum der Puchheimer Bürgerstuben. Zum einen wurden konkrete Anregungen formuliert, wie z.B. Studiendarlehen, die eine Konzentration auf das Studium abseits von Erwerbsarbeit ermöglichen. Zum anderen wurde aber in Anlehnung an eine Äußerung des Rektors der LMU München eine politische Debatte über die Rolle der Universitäten in der Gesellschaft verlangt. Die Politik im Allgemeinen und die FDP im Besonderen müssten dazu zwischen Humboldt'schen Traditionen, Wirtschaftsinteressen und Sachzwängen wie steigenden Studentenzahlen und der Bologna-Reform einen klaren Standpunkt entwickeln, forderte Kreisrat Prof. Klaus Wollenberg: „Was ist Ihr Bildungsideal?“ Diese Frage sei seitens der Politik zu beantworten, um den Reformprozess zu einem gelungenen Abschluss führen zu können.

Hendrik Grallert ist Mitglied des Kreisvorstandes der FDP im Landkreis Fürstentfeldbruck und Ortsvorsitzender der FDP Gröbenzell.

Impressum

FDP-Kreisverband Fürstentfeldbruck
Hendrik Grallert (V.i.S.d.P.)
Tannenleckstr. 30, 82194 Gröbenzell

Leserbriefe und Meinungen senden Sie bitte
direkt an:

hendrik.grallert@fdp-groebenzell.de